



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/65

2. Juni 1949

Gegen Abänderung des Wahlgesetzes

Die Sitzung des Parteivorstandes in Hannover.

Am 1. und 2. Juni fand in Hannover eine sehr stark besuchte Sitzung des Vorstandes der SPD statt. Die Vorstandsmitglieder Willi Knothe-Frankfurt und Franz Bögler-Neustadt a. d. H. konnten aus Gesundheitsgründen nicht teilnehmen. Den Vorsitz führte diesmal wieder, wie bei den letzten Tagungen, Dr. Kurt Schumacher, der am Mittwoch nachmittag nach München weiterfuhr, von wo er sich zum Landesparteitag der SPD Bayern nach Rosenheim begeben wird.

Die Tagesordnung wies nicht weniger als 13 Punkte auf, darunter einige sehr umfangreiche. Im Vordergrund standen drei Themengruppen: die aussenpolitische Situation mit besonderer Berücksichtigung der Fragen, die in Paris zur Diskussion stehen, das Ubergangsstadium zu neuen staatsrechtlichen Formen und der besonders dringende Komplex des Wohnungsbaues.

Zur aussenpolitischen Situation hielt Dr. Kurt Schumacher ein kurzes Referat. Die Grundgedanken finden sich bereits in dem programmatischen Artikel, den Dr. Schumacher vor kurzem veröffentlicht hat. Die Kernsätze, die durch zahlreiche Erläuterungen ergänzt sind, sind die folgenden: Rückführung der Kriegsgefangenen, Zivilgefangenen und Verschleppten - Neufestsetzung der deutschen Ostgrenze - Gültigkeit der Atlantik-Charta auch für Deutschland - Einstellung der Demontagen und die Industriebeschränkungen - Ablehnung jeder sowjetrussischen Nutzniessung des Ruhrgebietes - Schaffung völlig gleichartiger alliierter und deutscher Machtverhältnisse in allen Zonen als Voraussetzung einer Zurückziehung von Besatzungstruppen - Keine Abschliessung der einzelnen Zonen gegenüber den anderen Alliierten - Anwendung derselben Prinzipien des Rechtsstandes in allen Zonen - Keine Dachorganisationen und Brückenkonstruktionen in dem Sinne, dass ein gemeinsamer Wirtschaftsrat oder Staatsrat im Anfang einer Vereinheitlichung Deutschlands geschaffen werden soll - Politische Freiheit und Gleichheit in allen Zonen als Voraussetzung der deutschen Einigung - Gleiche Rechte und Pflichten aller Parteien in allen Zonen - Bestimmung der Formen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Kulturlebens nach eigenen deutschen Erkenntnissen und Bedürfnissen.

Was den 2. Themenkreis der Vorstandssitzung betrifft, so hat die letzte Entwicklung der Fragen, die mit dem Übergang zum neuen westdeutschen Staatsgebilde zusammenhängen, eine recht sichtbare Verlagerung des politischen Schwergewichtes auf die Ministerpräsidenten gebracht. Mit dieser Entwicklung war man im Parteivorstand sehr unzufrieden. Man vertrat die Ansicht, dass von deutscher Seite aus für alle Fragen, die mit dem Wahlgesetz zusammenhängen, auch soweit es sich um eventuelle Korrekturen auf Veranlassung der Militärgouverneure handelt, nur der Parlamentarische Rat und keine andere Körperschaft zuständig sein kann. Die Zugeständnisse der Ministerpräsidenten in der Konferenz von Schlangenbad, die ganz grundlegende Fragen des Wahlsystems betreffen, wurden ebenfalls mit Nachdruck abgelehnt.

Bei der Frage der Prüfung des Wahltermins ging man davon aus, dass die Wahlen zum Reichstag der Weimarer Zeit spätestens 60 Tage nach Auflösung eines Reichstages stattzufinden hatten. Das würde praktisch bedeuten, dass ein Termin Mitte August in Betracht kommt, da vor dem 13. Juni nicht mit der Verkündung des Wahlgesetzes zu rechnen ist.

Ein Parteitag wird in diesem Jahr voraussichtlich nur dann abgehalten werden, wenn sich in der zweiten Hälfte des Jahres eine besonders dringende politische Notwendigkeit dazu ergeben sollte und auch dann nur im kleinerem Umfang. Tritt das nicht ein, so ist mit dem nächsten Parteitag erst im Frühjahr des kommenden Jahres zu rechnen. Dieser Beschluss hängt mit der allgemeinen Terminnot zusammen, in die man durch die Wahlen und die Konstituierung der neuen Bundesorgane kommen wird.

Der Vermittlung des zweiten Beratungstages war im wesentlichen mit einer sehr eingehenden Beratung des Wohnungbauprogramms ausgefüllt. Hier ist es natürlich in erster Linie die Frage der Finanzierung, die allgemeines Kopfzerbrechen macht. Es sind im Laufe der vergangenen Monate die verschiedensten konkreten Vorschläge einer Geld- bzw. Kreditneuschöpfung für den Wohnungsbau gemacht worden, ohne dass es bisher gelungen ist, ein abschließendes Bild einer Lösung zu gewinnen, die gleichzeitig dem ungeheuren Bedarf entspricht und auch die notwendigen Rücksichten auf die allgemeine finanzielle und sozialpolitische Situation nimmt. In dem ausgegebenen Kommuniqué sind einige der Grundgedanken enthalten, die weiter massgebend bleiben sollen.

Das Kommuniqué.

(sp.) Über die Beratungen des Parteivorstandes wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Der Vorstand der SPD tagte am 1. und 2. Juni 1949 in Hannover und beriet ein umfangreiches Programm aussen- und innenpolitischer Fragen. Am Mittwoch vormittag sprach Dr. Kurt Schumacher kurz über die aussenpolitische Situation und das von ihm entwickelte 12-Punkte-Programm über die sozialdemokratische Einstellung zur Pariser Konferenz und alle mit ihr zusammenhängenden Fragen. Der Vorstand unterstrich dabei erneut seine Ablehnung von Vorschlägen, die auf die Bildung einer Dreihorganisation zweier grundverschiedener Systeme in Deutschland hinauslaufen.

In Ergänzung zu diesem 12-Punkte-Programm fand eine Aussprache einer demokratischen Verwaltung für ganz Berlin statt, deren Notwendigkeit allgemein anerkannt wurde.

Professor Carlo Schmid berichtete über die Tätigkeit des Parlamentarischen Rates. Bei dieser Gelegenheit kam der kürzliche Fall von Wahlbeeinflussung bei der Abstimmung über den Bundessitz zur Sprache. Der Parteivorstand stellte diese Wahlbeeinflussung, die durch eine journalistische Fälschung erfolgte, fest und wies im Zusammenhang damit nochmals ausdrücklich auf den provisorischen Charakter der Wahl Bonns hin.

Bei der Beratung der bevorstehenden Bundestagswahlen stellte der Parteivorstand einmütig folgendes fest: "Nach Artikel 137, Absatz 2 des auch von den Besatzungsmächten genehmigten Grundgesetzes ist allein der Parlamentarische Rat für die Beratung und Verabschiedung des Wahlgesetzes zum Bundestag zuständig. Über die in dem Memorandum der Militärgouverneure vom 28.5. enthaltenen und über andere Abänderungsvorschläge kann daher nur der Parlamentarische Rat beraten und beschliessen. Die SPD wird keiner grundsätzlichen Änderung des vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Wahlgesetzes, insbesondere des Wahlsystems, zustimmen."

Der Parteivorstand billigte weiterhin die Richtlinien, die der Aussenpolitische Ausschuss in vier Tagungen zu der Frage aufgestellt hat, in welcher organisatorischen Form in der zukünftigen Regierung Aufgaben aussenpolitischer Art und die internationalen Beziehungen überhaupt behandelt werden sollten.

Der Donnerstag vormittag war vor allem einer gründlichen Diskussion des Währungsbauprogramms gewidmet. Die SPD sieht in dieser Frage ein sozialpolitisches Kernproblem, dem sie seit Beginn ihrer Arbeit stärkste Aufmerksamkeit widmet. Der Parteivorstand billigte

den von Sachverständigen ausgearbeiteten Plan A zur Behebung der Wohnungsnot. Auch in der besonders schwierigen Frage der Finanzierung sind sehr genaue Vorstellungen in dem Plan niedergelegt, über deren Einzelheiten noch weitere Besprechungen, vor allem auch mit Vertretern der Gewerkschaften, geführt werden müssen.

Dem Parteivorstand wurde ausserdem ein Flüchtlingsprogramm für Westdeutschland vorgelegt, eine Gemeinschaftsarbeit der Sachwalter der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SPD, die dem doppelten Zweck dienen soll, die Möglichkeiten einer innerdeutschen und einer Hilfe im Rahmen des Marshallplanes aufzuzeigen.

Weitere Beratungen galten der personellen Ergänzung von verschiedenen Fachausschüssen sowie einer Reihe von technischen und organisatorischen Fragen, vor allem auch, soweit sie sich auf die Vorbereitung der kommenden Wahlen zum Bundestag beziehen.

- - - - -

SPD und Europa-Rat.

(sp.) Am 31. Mai fand in Hannover eine Sitzung des Aussenpolitischen Ausschusses des SPD-Vorstandes statt, an der auch der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, teilnahm. Der Aussenpolitische Ausschuss nahm Stellung zu Fragen der europäischen Föderation, er schloss sich der Meinung der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Bezug auf die Europa-Bewegung an und hofft, dass bald nach Zusammentritt des Bundestages eine deutsche Vertretung an den Beratungen des Europäischen Rates in Strassburg teilnehmen kann.

Der Aussenpolitische Ausschuss fordert, dass die deutschen Mitglieder des Europäischen Rates möglichst vom kommenden Bundesparlament bestimmt und nicht von privaten Vereinigungen entsandt werden. Der Aussenpolitische Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Europabewegung in Deutschland und der bevorstehenden Konstitution des deutschen Europa-Rates am 13. Juni.

Der Aussenpolitische Ausschuss betrachtet mit ernster Sorge gewisse Tendenzen, in Kreisen der Europa Union und verwandter Organisationen, Anhängern des Ständestaates und anderer längst überholter Ideen durch Aufnahme in leitende Funktionen eine Bedeutung zu verschaffen, die weder den Parteien, noch diesen Ideen zukommt.

M././26/W

- - - - -

Eine überflüssige Partei

sp. Die SED ist zu einer überflüssigen Partei in Deutschland geworden. Man kann 1949 als das entscheidende Jahr ansehen, in dem der völlige Bankrott dieser Partei festgestellt wurde, wird aber im Interesse der geschichtlichen Wahrheit ergänzend erwähnen müssen, dass die Existenzkrise der Partei schon von der Geburt her anhaftete.

Diese Partei, von einer fremden Macht, der russischen Besatzungsmacht, im Notjahr 1946 auf besondere Weise zustande gebracht, ist in ihrem Charakter als Staats- und Quislingpartei vom deutschen Volk sehr früh durchschaut worden. Von der kommunistischen Führung der SED ist die Identität und Interessengleichheit von Partei und Besatzungsmacht auch niemals besonders bestritten worden. Auf dem 1. Parteitag wurden die Funktionen dieser Partei als ausführendes Organ der Besatzungsmacht von dem obersten Polit-Offizier Tulpanow sogar offen proklamiert.

Man glaubte damals, unter dem betäubenden Wortschwall eines dogmatischen und vulgären Unfehlbarkeitsanspruches und mit dem Hinweis auf die Möglichkeit eines "stürmischen Siegeslaufes" auf alle Rücksichten verzichten zu können. Anstelle einer wirklich marxistischen und realistischen Analyse trat ein mit marxistischen Begriffen jonglierender Zweckoptimismus und ein von fremdländischen Vorbildern abgeleitetes Wunschenken.

Eine für die SED fatale Rolle haben die aus Sowjetrußland zurückgekehrten Emigranten gespielt, die infolge ihres jahrelangen Aufenthaltes in der Sowjetunion einfach nicht imstande waren, die Interessen und Probleme der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes zu begreifen und zu vertreten. Auch hier beginnt die politisch verhängnisvolle Rolle dieser kommunistischen Führungsgarnitur und ihre fatale Bedeutung für die russische Besatzungsmacht, die sich in ihrer Deutschlandpolitik auf den Rat und die Vorschläge dieser deutschen Repräsentanten stützt. Der für die Außenwelt oft völlig unverständliche Zickzackkurs der Russen in Deutschland lässt sich zu einem entscheidenden Teil auf die verhängnisvolle Funktion dieser kommunistischen Epigonen, Pieck, Ulbricht etc. und der anderen unzulänglichen Renegaten in der SED-Führung, Grotzwohl, Fechner usw., zurückführen.

Es ist bekannt geworden, dass der verantwortlichen russischen Führung in Deutschland die Entwicklung der SED zur Bankrottpartei viele Sorgen bereitet hat. Ein hoher russischer Diplomat charakterisierte kürzlich in einem vertraulichen Gespräch die deutschen kommunistischen Führer als "dumm, unzuverlässig und ohne Verhältnis zur Wirklichkeit". Es gibt noch andere drastischere Urteile russischer Stellen über ihre Jassager von der SED. Man fragt sich nur, warum die Russen nicht endgültig die Konsequenzen aus dieser Einsicht und Erkenntnis ziehen? Bis jetzt hat man sich auf russischer Seite immer wieder mit neuen Ablenkungsmanövern geholfen.

2.6.1949

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass auch diesmal wieder ein sogenannter "neuer Kurs" eingeschlagen werden soll. Unter dem Schlagwort einer "nationalen Front" soll dieses Manöver über die deutsche Bühne gehen, aber man übersieht, dass das deutsche Volk all diese Kursneuerungen durchschaut. Das mutige "Nein" der Ostzone bei den kürzlichen Wahlen müsste ein Warnzeichen sein, das selbst die russische Besatzungsmacht nicht übersehen kann. Ihr bisheriges Verhalten steht im krassen Widerspruch zu der von ihnen so intensiv propagierten Unfehlbarkeit und Zweckmässigkeit der sogenannten leninistischen Analyse. Wir empfehlen ihnen einen der Kernsätze des Leninismus über "die Einheit von Theorie und Praxis", auf die Verhältnisse in der Ostzone und besonders auf den Bankrott der SED-Politik anzuwenden und das ganze tragische Dilemma einer hoffnungslosen Situation würde sehr rasch klar werden. Manchmal jedoch scheint es, dass weder der Marxismus, noch der Leninismus so, wie er von seinen Epigonen interpretiert wird, als eine Anleitung zum Handeln, sondern lediglich zur Ableitung falscher Folgerungen und damit der Kontinuität einer verhängnisvollen Politik in Deutschland dient.

(b/B.123/2/26/hs)

Industrialisierung zu Lasten der Menschenrechte

-s Bukarest, im Juni

Die Erzeugung von Schuhen soll in Rumänien um 58 Prozent, die Produktion von Treibriemen aber um 246 Prozent gesteigert werden. Wahrscheinlich werden beide Prozentsätze nicht stimmen. Man kennt die Vorschussarithmetik der Volksdemokraten. Aber das Zahlenverhältnis ist bemerkenswert und durchaus ernst zu nehmen. Es wird wirklich industrialisiert, investiert und zwar zu Lasten der Menschenrechte, d.h. insbesondere der primitivsten Lebensrechte des Arbeiters.

Jede Volkswirtschaft muss in vernünftiger Abwägung einen Teil der Erzeugung für Lebenshaltung, den Rest für Investitionen aufwenden. Man kann aber auch um jeden Preis investieren und Moskau schreibt den Volksdemokratien Industrialisierung vor, vor allem auf strategischem Gebiet. In Rumänien hat mit dem 1. Januar 1949 ein erster Jahresplan begonnen, der einen vorbereiteten Fünfjahresplan einleiten soll. Von 82 Mrd. Lei sind für das Jahr 1949 an Investitionen folgende Anteile vorgesehen: 36,8 Prozent für die Schwerindustrie, 10,4 Prozent für die Leichtindustrie, 21,2 Prozent für das Verkehrswesen; nur 9,4 Prozent entfallen auf Vorhaben in der Landwirtschaft, 11,2 Prozent sind für soziale und kulturelle Zwecke vorgesehen, 9,3 Prozent für Verwaltung und Verteidigung (was die Schwerindustrie für die Verteidigung liefert, ist hier nicht mitgezählt), ein Rest von 1,9 Prozent gehört dem Handel. Der Bergbau soll besonders gesteigert werden, die - in den letzten Jahren stark gesunkene - Erdölförderung wieder emporgebracht werden.

In Siebenbürgen, bei Caraş seien neue Ölquellen entdeckt worden. In der Moldau soll eine neue Raffinerie entstehen. Für die

Kohlengruben im Zsiltal habe Sowjetrußland Fördermaschinen geliefert, die innerhalb drei Stunden zu montieren seien - die deutschen Maschinen hätten sieben Stunden beansprucht und seien in den engsten Stollen nicht einzusetzen gewesen. Es sollen Wasserkraftwerke entstehen, man baut Dieselmotoren, -d.h. man beginnt damit, die chemische Industrie soll die heimischen Rohstoffe weiterverarbeiten. Bei Roheisen und Stahl habe man die Vorkriegsmengen überschritten; nun will man 1949 gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent mehr Siemensstahl und um 30 Prozent mehr Schmiedeseisen herstellen. Die Holzindustrie soll um 37 Prozent mehr erzeugen (wie genau!), die Textilindustrie die Qualität verbessern und das Sortiment verbreitern (also macht man jetzt nur einheitliche Schundware; man kann in volksdemokratischen Kommentaren immer aus dem Ziel auf einen gegenwärtigen Mangelzustand schliessen).

Natürlich kann jeder der angeführten Steigerungsprozentsätze allein für sich erfüllt werden. Aber alles zusammen grenzt ans Utopische. Solche Voraus-Statistik ist in der Summe nicht ernstzunehmen - wohl aber in der Tendenz! Die Tendenz heißt Industrialisierung. Man mechanisiert, treibt die Menschen mehr an, verlängert die Arbeitszeit und vermindert die Lebenshaltung. Zum Schaden der Kleiderkammer eines Volkes kann die Waffenschmiede ohne weiteres ausgebaut werden. In diesem Sinne ist auch die Flanstatistik aller Staaten im Vorfeld Moskaus durchaus wichtig. Auch was die Lieferkonsequenzen etwa für Deutschland betrifft; man braucht zur Zeit nur Hilfe bei den Investitionen; Gebrauchsgüterimporte darf man sich nicht leisten.

Die erkämpfte Geltung.

(sp.) Die von Dr. Schumacher erhobenen deutschen Forderungen zur Pariser Aussenminister-Konferenz sowie die zum Bonner Verfassungsgesetz bewiesene konsequente Haltung der SPD haben im Auslande weiteste Beachtung gefunden. Dass wenigstens ein Teil der deutschen Parteien sich entschlossen habe, nicht mehr alles zu schlucken, "ist vom deutschen und europäischen Standpunkt ein Fortschritt", heisst es in der unabhängigen canadischen Zeitung "Der Nordwesten". Das Blatt schreibt dazu u.a.: "Leider ist man sich nicht nur in Grossbritannien und Frankreich sondern selbst in Deutschland noch nicht völlig bewusst, dass es ohne deutsche Mitarbeit weder einen wirtschaftlichen Aufbau noch eine politische Konsolidierung Westeuropas geben kann, sonst hätten einzelne politische Parteien nicht beinahe jedes Diktat der Westmächte stillschweigend und ohne Not hingenommen. Erst vor einiger Zeit haben die Sozialdemokraten durch ihre Ablehnung gewisser finanzpolitischer Bestimmungen in der in Bonn diskutierten Verfassung bewiesen, dass die Zeit verüber ist, in der man in Deutschland alles ohne Murren hinnehmen muss. Uns interessiert die prinzipielle Frage, ob die deutschen politischen Parteien unter allen Umständen nur das ausführende Organ der Besatzungs-

mächte sein müssen oder ob sie mehr Rückgrat zeigen sollten, um endlich die Unabhängigkeit und Freiheit wenigstens Westdeutschlands zu erreichen. Das Beispiel der Sozialdemokraten beweist die Richtigkeit unserer Auffassung. Die Deutschen können ihr Land als souveränen Staat nur aufbauen, wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, dass man sie als Gleichberechtigte behandelt. Eine solche Haltung liegt nicht nur im Interesse der Zukunft Deutschlands, sondern auch der Westmächte, die ohne aktive wirtschaftliche und politische Mitwirkung zumindest Westdeutschlands Europa nicht gegen die russische und kommunistische Gefahr verteidigen und halten können".

(b/B.1/26/hs)

Unverständliches Urteil

sp. Zu dem Freisprechenden Urteil in dem Verfahren Kriedemann gegen Müller liegt die schriftliche Urteilsbegründung noch nicht vor. Aus der mündlichen Begründung ergeben sich eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, zu denen von unserem Standpunkt aus einige klarstellende Erläuterungen durchaus notwendig erscheinen.

Das Wichtigste ist, dass es dem Angeklagten in keinem Fall gelungen ist, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen, Kriedemann sei Gestapo-Agent gewesen, er habe illegale Kämpfer an die Schergen des Dritten Reiches verraten und er habe sich des Betrages schuldig gemacht, zu erbringen. Das stellt auch die Urteilsbegründung ausdrücklich fest. Der Freispruch ist aus formalen Gründen erfolgt, weil Müller die beleidigenden Behauptungen nur "fahrlässig", aber nicht "grob fahrlässig" verbreitet habe. Das Gericht hat "den Eindruck gehabt", dass es dem Angeklagten nicht darauf angekommen sei, einen politischen Gegner zu diffamieren, sondern dass er nur im Interesse der Reinhaltung des öffentlichen Lebens gehandelt habe. Ein guter Glaube, der einem Kommunisten gegenüber immerhin bemerkenswert ist.

Ausdrücklich betont die Urteilsbegründung, dass Kriedemann "sich nur mit der Gestapo eingelassen hat, um Material zu bekommen oder Freunde in Deutschland zu schützen." Auch zu der Behauptung, Kriedemann habe Menachen verraten, die dann von der Gestapo ermordet worden seien, stellt die Urteilsbegründung fest, dass dafür "keine Spur des Beweises vorhanden sei". Das wird wiederholt klar ausgesprochen.

Da sich die von Müller aufgestellten beleidigenden Behauptungen als nicht erweislich wahr herausgestellt haben, ist das Urteil unverständlich, weil von Wahrnehmung berechtigter Interessen gar keine Rede sein kann. Zumindest treffen die vom Gericht dafür angeführten Gründe nicht zu. Es ist damit zu rechnen, dass gegen das Urteil Revision eingelegt wird.

(m/1/26/hs)